



Interview mit Dr. Edmund Haferbeck

»Der Staat schützt Lebensgrundlagen



**»Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.«
(Artikel 20a Grundgesetz)**

Dr. Edmund Haferbeck ist als Leiter der Wissenschafts- und Rechtsabteilung der Tierrechtsorganisation PETA tagtäglich befasst mit Verstößen gegen den Tierschutz, vor allem mit der systemimmanenten Tierquälerei für die Fleischindustrie, die PETA regelmäßig an die Öffentlichkeit bringt. Doch es gibt auch Erfolge im Sinne der Tiere durch großangelegte Kampagnen und Strafanzeigen gegen Tierquälerei. »Freiheit für Tiere« traf den Vorkämpfer für die Rechte der Tiere bei einem guten veganen Essen im Einkaufsland in Altfeld.

Freiheit für Tiere: Der Tierschutz ist jetzt seit über 16 Jahren als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Was hat sich aus eurer Sicht als Tierrechtsorganisation für die Tiere verbessert?

Dr. Edmund Haferbeck: Mit der Aufnahme des Tierschutzes bzw. der Tiere ins Grundgesetz haben alle Tierschützer große Hoffnungen verbunden. Dem waren jahre- und jahrzehntelange Kampagnen vorausgegangen. Die politische Umsetzung war 2002 auch nur möglich, weil das Bundesverfassungsgericht vorher dieses unsägliche Schächt-Urteil gefällt hatte und die CSU und Edmund Stoiber das gar nicht fassen konnten. Dann kam der Schub und die Mehrheit im Bundestag für die Änderung des Grundgesetzes mit Artikel 20a zustande. Aber in der Praxis hat sich durch das Staatsziel Tierschutz so gut wie nichts Wesentliches und Spürbares getan. Man kann sogar sagen, dass die Regierung sogar bestimmte Dinge verschlechtert hat - zum Beispiel im Bereich Tierversuche oder im Bereich Zirkushaltung - durch Modifikationen des Tierschutzgesetzes, obwohl das eigentlich absolut verfassungswidrig ist. Sie tun es einfach!

Es gibt einige gerichtliche Entscheidungen, in denen auf Artikel 20a Grundgesetz hingewiesen worden ist. Es gibt auch Urteile, die betonen, dass Tierschutz ja Verfassungsrang habe, und deswegen müsse man den Tierschutz in der Abwägung mittlerweile etwas höherrangigeres Recht einräumen.



von der Tierrechtsorganisation PETA ... die natürlichen und die Tiere..«

Problem: Tierschutz nicht einklagbar

Freiheit für Tiere: Das Problem ist, dass wir zwar ein Tierschutzgesetz haben und der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert ist, dieser Tierschutz aber nicht eingeklagt werden kann. Das heißt, dass Tierschutzorganisationen oder Einzelpersonen Tierschutzverstöße zwar zur Anzeige bringen können, und die Anzeige wird verfolgt oder eingestellt - meistens wird sie eingestellt -, ...

Dr. Edmund Haferbeck: ... genau.

Freiheit für Tiere: ... aber niemand kann im Namen der Tiere klagen.

Dr. Edmund Haferbeck: Das ist das Problem! Es ist also so: Die Tiernutzer, die Tiere ausbeuten und mit ihnen ihre Profite machen, die haben alle Klagerechte der Welt. Wenn die Behörden dann mal Auflagen gemacht haben, zum Beispiel bei einer Intensivtierhaltungsanlage oder nur einem Hundezwinger - der ist nämlich auch genehmigungsbedürftig -, dann gehen diese Tiernutzer vor die Verwaltungsgerichte und wollen die Standards noch weiter senken: wegen Berufsfreiheit, aus ökonomischen Gründen, es wäre dann zu teuer und so weiter. Das sind Gründe, die eigentlich überhaupt nicht relevant sind!

Und diejenigen, die für den Schutz der Tiere da sind, die sie nicht ausbeuten wollen, sondern sie aus dieser Ausbeutung heraushaben wollen, die haben ja eigentlich bisher gar keine Klagerechte. Es gibt zwar in sieben Bundesländern Verbandsklagerechte, bei denen also Tierschutzorganisationen zugelassen werden - und die es übrigens im Umwelt- und Naturschutz seit über 20 Jahren gibt -, doch das sind zarte Pflänzchen in einem extremen Ungleichgewicht zuungunsten der Tiere und des Verfassungsrangs gemäß Art. 20a Grundgesetz.

Also: Diese Verbandsklagegesetze für Tierschutzorganisationen sind sehr stark restriktiv ausgelegt.



Dr. Edmund Haferbeck setzt sich bereits seit den 1980er Jahren für die Rechte der Tiere ein. Seit über 14 Jahren arbeitet der promovierte Agrarwissenschaftler für die Tierrechtsorganisation PETA und ist Leiter der Wissenschafts- und Rechtsabteilung.

Edmund Haferbeck wurde 1957 in Detmold geboren. Er studierte Agrarwissenschaften an der Universität Göttingen. Durch sein Studium im Fachgebiet »Tierproduktion« wurde er mit dem Leid der Tiere in der industriellen Massentierhaltung konfrontiert. Statt in der Agrarindustrie tätig zu werden, traf er die Entscheidung, sich für die Rechte der Tiere einzusetzen. Seine Doktorarbeit schrieb er über die Nerz-, Fuchs- und Iltiszucht in Deutschland.

Von 1990 bis 1994 war Dr. Haferbeck Umweltdezernent der Stadt Schwerin und dort bis 2009 als Kommunalpolitiker für Bündnis 90/DIE GRÜNEN aktiv.

Seit 2004 arbeitet er für PETA in Stuttgart. Über seinen Schreibtisch gehen alle rechtlichen Angelegenheiten der Tierrechtsorganisation. Dazu gehören Strafanzeigen gegen Tierquälerei, aber auch die Zusammenarbeit mit der Politik, Verbänden und Unternehmen, um die Lebensbedingungen von Tieren innerhalb des bestehenden Systems zu verbessern.

>>>

Bild: PETA



Vom Schächturteil zum Staatsziel Tierschutz

Der Tierschutz wurde 2002 als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen: **»Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.« (Artikel 20a Grundgesetz)**

Vorangegangen waren jahrelange Kampagnen von Tierschutzorganisationen, die zu einer gesellschaftspolitischen Debatte führten. In repräsentativen Umfragen sprachen sich über 80 % der Deutschen für ein Staatsziel Tierschutz aus. Mehrere Gesetzesinitiativen scheiterten. Zuletzt hatte das Staatsziel Tierschutz im Frühjahr 2000 die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag verfehlt.

Auslöser für die Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz im Jahr 2002 war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Januar, das Muslimen das bislang verbotene betäubungslose Schächten erlaubte. Die Folge war ein Sturm der Entrüstung, und zwar nicht nur von Tierschützern. Es war klar: Das betäubungslose Schlachten von Tieren ist Tierquälerei! Doch die Verfassungsrichter hatten die Religionsfreiheit des muslimischen Metzgers, der die Klage eingereicht hatte, über das Tierschutzgesetz gestellt - denn die Religionsfreiheit wird von unserer Verfassung garantiert, während der Tierschutz damals keinen Verfassungsrang hatte. Die Forderung, den Tierschutz als Staatsziel in der Verfassung festzuschreiben, wurde immer lauter, so dass auch bisherige Gegner des Staatsziels in der Bundespolitik ihren Widerstand aufgaben und sich die Bundestagsfraktionen auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf einigten. Der Deutsche Bundestag stimmte dem Gesetzentwurf am 17. Mai 2002 zu, der Bundesrat am 21. Juni 2002. Am 1. August 2002 trat der neue Artikel 20a Grundgesetz in Kraft.

Links: Aktion des Deutschen Tierschutzbundes 2002 mit der damaligen Bundesministerin Renate Künast zur Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz. In repräsentativen Umfragen sprachen sich über 80 % der Deutschen für ein Staatsziel Tierschutz aus.

Nordrhein-Westfalen will dieses Verbandsklagerecht sogar wieder abschaffen, weil eben die CDU/FDP geführte Regierung das nicht will - »C«, ich sage nur »C« - die größte Heuchelei und Lüge in der Parteienlandschaft. Und deswegen ist das Tier hier in Deutschland, wenn man es rein juristisch sieht, eigentlich vollkommen ungeschützt. Denn der Gesetzgeber und die Behörden, die eigentlich dafür zuständig sind, wollen die Tiere nicht schützen - ihnen sind wirtschaftliche Vorteile der Tierhalter wichtiger. Und alle, die da reinreden wollen, werden als Störfaktor gesehen.

Das heißt, wir haben mittlerweile in Deutschland eine extreme Verschiebung von einem gewissen Gerechtigkeitspool hin zu einem extremen Ungerechtigkeitspool. Das heißt, das, was normalerweise gerecht ist, wird in diesem Land nicht mehr als gerecht bezeichnet. Das sieht man beispielsweise daran, dass Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften Tierrechtler, die Undercover-Ermittlungen durchführen, nicht als gemeinsame Partner sehen - denn diese Delikte müssten eigentlich die Ermittlungsbehörden verfolgen! Nein: Die Tierrechtler werden als Gegner angesehen und entsprechend bekämpft. Und der Gesetzgeber und bestimmte Parteien wollen Leute, die Straftaten aufdecken - die übrigens überall in jedem Massentierhaltungsbetrieb stattfinden - kriminalisieren und verfolgen. Leute, die Gutes tun! Und das ist die extreme Verschiebung von einer gerechten Ansicht, von einer Allgemeinwohlorientierung - auch von einer gewissen Selbstlosigkeit - hin zu einer egomanen, extrem profitorientierten, rücksichtslosen und ausbeuterischen Haltung.

Freiheit für Tiere: Inzwischen kommt das ja auch in der öffentlichen Meinung an! Das zeigt zum Beispiel die Kritik in den Medien an Tiertransporten von Deutschland aus über 3.000 Kilometer quer durch die EU bis in den Nahen Osten oder nach Nordafrika. Vor einem Jahr kam eine TV-Dokumentation von Manfred Karremann über tierquälnerische Tiertransporte zur besten Sendezeit im ZDF. Die Empörung in der Bevölkerung war groß! Schnell haben die Politiker gesagt: »Wir müssen die Tiertransporte quer durch Europa begrenzen.« Doch ein Jahr später lehnte die Regierungskoalition Anträge, die zu schärferen Kontrollen von Tiertransporten bzw. zur Einschränkung von Tiertransporten durch Europa bis in den Nahen Osten oder nach Nordafrika geführt hätten, ab. Da stellt sich doch die Frage: Warum macht die Regierung kein Gesetz, das die Tiertransporte begrenzt, obwohl massivste Verstöße gegen den Tierschutz stattfinden, die sogar im Fernsehen gezeigt wurden?

Bild: Deutscher Tierschutzbund



Bild rechts: Die ZDF-Doku »Geheimsache Tiertransporte - Wenn Gesetze nicht schützen« von Manfred Karremann zeigte 2017 zum wiederholten Mal die erschreckende Realität von Langstreckentransporten. Deutsche Rinder werden über Bulgarien und die Türkei bis in den Libanon verschifft. EU-Vorschriften bieten zu wenig Schutz - und niemand kontrolliert die Transporte, wenn sie einmal die EU verlassen haben. Hier wird ein verletztes Rind wird am Vorderbein aufgehängt mit einem Kran verladen.

Politik für die Fleischindustrie?

Macht die Regierung also Politik für die Massentierhalter, für die Fleischindustrie? Und die, welche die Tiere schützen wollen, sollen kriminalisiert werden? Weil sie angeblich in Ställe einbrechen, um Tierschutzverstöße zu filmen?

Dr. Edmund Haferbeck: Was ja gar nicht der Fall ist. Es wurde von PETA noch nie ein Einbruch gemacht, es wurde noch nie eine Sachbeschädigung gemacht. Die Betreiber der industriellen Tierproduktionsanlagen wissen ja gar nicht, dass in ihren Ställen gefilmt wurde - erst dann, wenn das Filmmaterial veröffentlicht wird oder wenn Anzeige gestellt wird, dann erfahren die Tierhalter davon, dass in ihren Anlagen gefilmt wurde.

Freiheit für Tiere: Vielleicht waren es eigene Mitarbeiter...?

Dr. Edmund Haferbeck: ... die als Whistleblower sagen: »Das können wir hier nicht mehr verantworten« und dann Filmaufnahmen machen. Das sind übrigens die meisten Fälle, die PETA verfolgt. Das sind ursprünglich Whistleblower-Meldungen.

Freiheit für Tiere: Also Betriebsangehörige oder andere Insider, die sich bei PETA melden und sagen: Da passieren Dinge, die sind schlimme Tierquälerei, das können wir nicht verantworten?

Dr. Edmund Haferbeck: Ja, genau. Die wenden sich an PETA und teilen uns dies mit.

Freiheit für Tiere: Ein weiteres Beispiel, welches das Staatsziel Tierschutz ins Gegenteil verkehrt, ist die Verlängerung der betäubungslosen Kastration von Ferkeln, wofür extra das Tierschutzgesetz geändert werden musste. In der ZDF »heute Show« wurde treffend kommentiert: »Die Tierquäler dürfen noch zwei Jahre weiter Tiere quälen.« Das heißt, jedem ist klar: Die betäubungslose Kastration von Ferkeln ist Tierquälerei. Aber die Regierung ändert extra das Tierschutzgesetz, um diese Tierquälerei weiter zu verlängern. Und das, obwohl der Tierschutz als Staatsziel in der Verfassung steht und der Staat gemäß § 20a Grundgesetz »Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung« schützen muss!

>>>



Regierung lehnt Verbesserung bei Tiertransporten ab

Die ZDF-Sendung »Geheimsache Tiertransport« führte im November 2017 der TV-Nation vor Augen, dass Tiertransporte über weite Strecken von Deutschland bis in die Türkei oder nach Nordafrika schlimmste Tierquälerei sind.

Entsprechend groß war der Aufschrei in der Öffentlichkeit und die Forderung, dass Transporte von lebenden Tieren über tausende Kilometer quer durch Europa bis nach Afrika oder in den Nahen Osten verboten gehören. Kurz danach hörte man, dass die Regierungskoalition einen Vorstoß unternehmen wolle, um diese furchtbare Tierquälerei abzustellen. Doch nichts passierte. Daraufhin forderten die Fraktionen von FDP und Grünen in Anträgen schärfere Kontrollen von Lebendtiertransporten in Drittländer und, im Antrag der Grünen, einen Stopp der Transporte, sollte dies nicht möglich sein. Im Juli 2018 befragte der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Bundestags Experten zum Thema Tiertransporte in Länder außerhalb der EU. Doch obwohl sich alle Sachverständigen dafür aussprachen, Tiertransporte in Drittländer stärker zu kontrollieren, lehnte Ende September 2018 der Agrarausschuss des Bundestages mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und AfD die beiden Anträge ab. **Am 8. November 2018 lehnte schließlich die Große Koalition Anträge ab, die zu einer Verbesserung bei Tiertransporten geführt hätten oder sogar die grausamen Tiertransporte in den Nahen Osten hätten beenden können.**

Am 20. November 2018 zeigte die ZDF-Dokumentation »Qualvolle Tiertransporte« von Manfred Karremann, dass sich nichts geändert hat: Weiterhin werden Millionen Tiere jedes Jahr quer durch Europa transportiert, bis nach Nordafrika und in den Nahen Osten. Dafür sind die Rinder oft tage- oder wochenlang eingepfercht auf Lastwagen und Schiffen unterwegs oder müssen bei viel zu großer Hitze ohne Wasser an den Grenzübergängen ausharren. Niemand schert sich um die Gesetze...



»Die Tierquäler dürfen noch zwei Jahre weiter Tiere quälen«

Oliver Welke in der ZDF heute Show vom 9.11.2018 zur Änderung des Tierschutzgesetzes:

»Eigentlich sollte das Kastrieren von männlichen Ferkeln ohne Betäubung ab Januar 2019 verboten sein. So war der Plan. Aber Deutschlands Landwirte - besser gesagt: die Schweinefabrikbesitzer - sagen: „Geht nicht, so schnell woll'n wir nicht, viel zu teuer.“ Deshalb haben sich Agrarexperten von Union und SPD am letzten Wochenende auf einen Kompromiss geeinigt: Die Tierquäler dürfen noch zwei Jahre weiter Tiere quälen.«



»Ich bezeichne das als Organisierte Kriminalität«

Dr. Edmund Haferbeck: Was das Kastrieren von Ferkeln ohne Betäubung angeht: Ich bezeichne das als Organisierte Kriminalität. Wir haben es hier wirklich mit der schwersten Kriminalitätsform zu tun, die ein Rechtsstaat kennt. Der agrarindustrielle Komplex, also die Tierproduktion von den Aufzuchtanlagen, zu den Mastanlagen, bis zu den Schlachthäusern - das ist eine riesige Branche, die haben eine Wertschöpfung von runden 400 Milliarden Euro im Jahr -, dieser agrarindustrielle Komplex ist hochkriminell, die Täter verstoßen tagtäglich gegen Gesetze, die ohnehin für sie ausgerichtet sind. Ständig. Und sie können machen, was sie wollen. Sie haben ihren eigenen Minister, ihre eigenen Ministerien, sie haben ihre eigenen Ausschüsse - und die machen das, was die Agrarindustrie ihnen vorgibt. Und darum funktioniert das so. Und wenn dann doch mal schärfere Gesetze erkämpft worden sind, mit langen Übergangsfristen - bei der Ferkelkastration waren es fünf Jahre - dann wird kurz vorher noch gesagt: Nee, das können wir nicht einhalten, wir müssen es noch mal verlängern. Das hat mit Rechtsstaatlichkeit überhaupt gar nichts zu tun! Denn es gibt ein Verschlechterungsverbot wegen des Artikels 20a des Grundgesetzes.

Aber es gibt doch Kontrollen?

Freiheit für Tiere: Nun heißt es immer: Es gibt doch Kontrollen in den Betrieben, in den Mastanlagen und Schlachthöfen?

Dr. Edmund Haferbeck: Also, zunächst einmal gibt es einen Grundsatz in einem Rechtsstaat: Ein Betrieb muss alle Regeln einhalten, die für seinen Betrieb und für sein Business gelten.

Freiheit für Tiere: Ob kontrolliert wird oder nicht?

Dr. Edmund Haferbeck: Das ist völlig egal!

Freiheit für Tiere: So wie man in einer Schule auch nicht sagt: »Den Lehrplan erfüllen wir nur, wenn das Schulamt kommt.«

Dr. Edmund Haferbeck: So ist das. Wenn das Schulamt mal kommt, dann ist das vielleicht die jährliche Kontrolle. Und genauso sollte es sein in den Tierproduktions- und Schlachtbetrieben. Es gibt eine Statistik, von der Bundesregierung selbst herausgegeben: In einigen Bundesländern werden die Betriebe durchschnittlich alle 20-40 Jahre mal kontrolliert. Das muss man sich mal vorstellen!

Bild links: Demonstration von Tierschützern gegen die betäubungslose Kastration von Ferkeln vor dem Bundesrat. Die ehemalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast warf der großen Koalition vor, sie sei »der parlamentarische Arm von Bauernverband und Schlachtindustrie« und trete den Tierschutz mit Füßen.



Das heißt: Sie werden zum Teil nie kontrolliert. Und die Kontrolle - seltenst genug - deckt nur die Spitze des Eisbergs auf. Tatsache ist: Die Betriebe müssen nach Recht und Gesetz handeln. Doch sogar gegen die laschen Gesetze wird jeden Tag und in jedem Betrieb verstoßen. Und deswegen ist das systemimmanent. Und deswegen haben wir es hier mit einer kriminellen Branche zu tun! Genauso wie die Autobranche. Es ist kriminell, was dort passiert, vorsätzlich und bewusst. Und jetzt regen sich Politiker darüber auf, dass die Deutsche Umwelthilfe durch Klagen erreicht hat, dass mal Grenzwerte eingehalten werden in einigen Städten. Die sollen jetzt auch kriminalisiert werden und CDU und FDP fordern, dass ihnen die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Genauso fordert die FDP, PETA und anderen Tierrechtsorganisationen die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, weil sie durch Undercoveraufnahmen massive Verstöße gegen den Tierschutz an die Öffentlichkeit bringen. Das ist diese Gerechtigkeitsverschiebung, von der wir am Anfang schon gesprochen haben.

Freiheit für Tiere: Das heißt: Wir haben ein Tierschutzgesetz, in dem steht, dass Tieren keine Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden dürfen. Wenn wir also nur mal die vermeidbaren Leiden oder Schäden betrachten: Ferkelkastration - ist das nicht absolut vermeidbares Leid? Lebendtiertransporte bis in die Türkei oder nach Nordafrika - ist das nicht auch absolut vermeidbares Leid?

Dr. Edmund Haferbeck: Alles vermeidbar!

Freiheit für Tiere: ... ausgemergelte Milchkühe, die nicht mehr laufen können und über den Boden geschleift werden, wie beim Schlachthofskandal in Oldenburg? Oder Schlachttiere, denen bei vollem Bewusstsein die Kehle durchgeschnitten und die Beine abgeschnitten werden, weil sie nicht ordentlich betäubt sind?

Dr. Edmund Haferbeck: Alles vermeidbar! Das Töten von männlichen Küken ist vermeidbar, auch Qualzuchten sind vermeidbar - es wird alles nur gemacht, um noch einen letzten Rest Profit rauszupressen - aus leidensfähigen Lebewesen und Mitgeschöpfen. Um mehr geht's da nicht. Es ist alles vermeidbar: Die unsauberen und unhygienischen Verhältnisse in den Betrieben sind vermeidbar. Wenn sie das wenigstens mal im Griff hätten, aber sie haben es nicht im Griff! Die Tiere vegetieren in ihren eigenen Exkrementen. Das sind hochsensible Tiere!

All dieses ist vermeidbar - aber es wird gemacht! Wir sehen: Der Tierschutz hat im Berliner Parteien-Establishment keine Verbündeten.

Wir haben jeden Tag die Wahl

Freiheit für Tiere: Wenn die Politik nichts für den Tierschutz tut, ist dann nicht jeder Einzelne gefragt? Kann ich nicht Tiere am effektivsten schützen, indem ich keine toten Tiere

und auch sonst keine Tierprodukte wie Milch oder Eier mehr kaufe - und damit die Tierquälerei nicht mehr in Auftrag gebe? Diese Wahl kann ich jeden Tag an der Ladentheke oder an der Supermarkt-Kasse treffen!

Dr. Edmund Haferbeck: Genau! Entscheidend sind diejenigen, die handeln! Und wer handelt in Richtung zu einem veganen und gewaltfreien Leben, der ist für uns von PETA der natürliche Verbündete. Und dazu gehört »Lebe gesund«, die bereits seit über 30 Jahren vegane Landwirtschaft betreiben - also ohne Nutztierhaltung - und vegane Bio-Produkte vertreiben, sowie viele andere Startup-Unternehmen, nicht nur im Bereich Ernährung, sondern zum Beispiel auch vegane Kosmetik oder lederfreie Schuhe. Wenn man beispielsweise hier durch das Einkaufsland in Altfeld geht, dann sieht man vegane Schuhe von »NOAH« und im Supermarkt bio-vegan angebautes Gemüse und viele andere vegane Produkte. Das Geschäft mit Veggie-Produkten boomt seit Jahren!

Freiheit für Tiere: Vegane Produkte haben inzwischen den größten Wachstumsmarkt im Bereich Lebensmittel, sogar zweistellige Zuwächse!

Dr. Edmund Haferbeck: Und die Fleischkonzerne steigen ein oder sind längst eingestiegen. Der Lebensmittel-Einzelhandel macht Druck - das muss man auch mal positiv hervorheben - in bestimmten Fällen wenigstens die schlimmsten Absurditäten in der Tierhaltung zur Abstellung zu bringen.

Freiheit für Tiere: IKEA kauft zum Beispiel nach dem Oldenburger Schlachthofskandal keine Würstchen mehr von dem Lieferanten - auch andere Händler wollen wegen der TV-Berichte keine Produkte mehr von dort beziehen.

Der Fleischkonsum geht kontinuierlich zurück

Dr. Edmund Haferbeck: Genau. Also, es passiert schon etwas. Und seit 20 Jahren geht der Fleischkonsum in Deutschland kontinuierlich zurück.

Freiheit für Tiere: ... dafür wird jetzt Fleisch für China produziert ...

Dr. Edmund Haferbeck: Das schon. Dennoch: Der Konsum in den deutschen Haushalten geht deutlich zurück!

Freiheit für Tiere: Vor allem bei den jungen Leuten. Da gilt »vegan« als hip und interessant. Und auch sonst ist die vegane Lebensweise inzwischen allgemein akzeptiert. Wenn heute ein junger Mensch nach Hause kommt und sagt: »Ich werde jetzt Veganer«, dann ist das überhaupt kein Thema mehr.

Dr. Edmund Haferbeck: Veganer Lifestyle ist auf dem Boulevard angekommen - das war vor einigen Jahren überhaupt noch nicht der Fall. Und man wird auch überhaupt nicht mehr dumm angeguckt.

>>>



Massentierhaltung: Hauptverursacher der Feinstaubbelastung

Die Landwirtschaft - vor allem die industrielle Massentierhaltung - ist mit einem Anteil von 45 Prozent Hauptverursacher der Feinstaubbelastung.

Einer neuen Studie des Max-Planck-Instituts zufolge sterben in Deutschland pro Jahr an die 120.000 Menschen vorzeitig durch Feinstaub - fast doppelt so viele wie bisher angenommen. Als Hauptverursacher des Problems: die Landwirtschaft.

Der Grund: Ammoniakgase gelangen durch die Massenställe mit zigtausend Tieren und durch die Gülle-Flut auf den Feldern in die Atmosphäre, wandeln sich in Ammoniumsulfat und Nitrat um, verbinden sich mit anderen Gasen und bilden Feinstaub.

»Die Massentierhaltung führt zu Ammoniak, Ammoniak führt zu Feinstaub und Feinstaub führt zu frühzeitigen Todesfällen«, so Studienleiter Professor Jos Lelieveld gegenüber dem ARD-Magazin Monitor. **Allein die Ammoniak-Emissionen aus der Massentierhaltung seien für rund 50.000 vorzeitige Todesfälle verantwortlich.**

(ARD Monitor: Luftverschmutzer Landwirtschaft. 17.1.2019)



»Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen...«

Freiheit für Tiere: Wir haben jetzt ausführlich darüber gesprochen, dass für das Staatsziel »Tierschutz« dringender Handlungsbedarf besteht: »durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung«, wie in Artikel 20a Grundgesetz festgeschrieben ist.

Doch es geht in Artikel 20a nicht nur um die Tiere. Hier heißt es ja: »Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere.« Doch unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind ebenfalls durch Massentierhaltung und Fleischindustrie bedroht: Eine Gülleflut von jährlich über 300 Milliarden Liter verseucht die Böden, unsere Gewässer und das Grundwasser, Antibiotika kommen bereits aus dem Wasserhahn und im Badesees tummeln sich antibiotikaresistente Bakterien ...

Dr. Edmund Haferbeck: ... Insektensterben von 80 Prozent - das hängt alles mit der Massentierhaltung und der Fleischproduktion zusammen. Die Massentierhaltung ist weltweit der Klimakiller Nummer 1! Doch auf den großen Klimakonferenzen wird die Massentierhaltung als Ursache so gut wie nicht erwähnt. Es ist immer nur die Energie, der Autoverkehr... Das sind ja alles richtige Gründe. Aber die Tierproduktion ist ein viel größerer Klimakiller!

Freiheit für Tiere: Und hängt nicht auch die Feinstaubbelastung mit der Massentierhaltung zusammen, vor allem durch die riesigen Ammoniak-Emissionen?

Dr. Edmund Haferbeck: Ja, natürlich! Für Feinstaub sind nicht nur die Autos verantwortlich. Wir haben also in allen Bereichen Umwelt, Ökologie und Klima als Hauptursache der Probleme die industrielle Tierproduktion. Und das geht vom Grundwasser bis nach hoch oben in die Stratosphäre ...

Freiheit für Tiere: ... also die Aufheizung der Atmosphäre und das Ozonloch ...

Dr. Edmund Haferbeck: ... das hängt alles mit der Massentierhaltung zusammen, denn die Massentierhaltung emittiert ja vor allen Dingen auch Gase, die um ein Vielfaches klimaschädlicher sind als CO²: Methan ist 21 mal klimaschädlicher, Distickstoffoxid sogar 310 mal klimaschädlicher als Kohlendioxid. Das ist alles bekannt! Das sagt die UN seit über 10 Jahren!

Freiheit für Tiere: Schon 2006 veröffentlichte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) die Studie »Der lange Schatten der Viehwirtschaft«. Bereits damals wurde die Massentierhaltung als wichtigster Faktor der Treibhausemissionen genannt - noch vor dem Verkehr!



rechts: Unwetter und Hochwasser führten im Herbst 2018 zu apokalyptischen Situationen in Italien: Familien ertranken im eigenen Haus, ganze Dörfer waren von der Außenwelt abgeschnitten, Venedig stand meterhoch unter Wasser.

Dr. Edmund Haferbeck: »Freiheit für Tiere« hat das ja veröffentlicht! Die Tierschützer machen ja nicht selbst diese Untersuchungen - sie berufen sich auf klare Fakten von Wissenschaftlern!

Freiheit für Tiere: ... Und zwar nicht nur von Umweltinstituten, sondern eben auch von Weltorganisationen!

Dr. Edmund Haferbeck: Genau. Und auch PETA macht doch solche Untersuchungen nicht selbst! Wir beziehen uns auf diese Forschungsergebnisse, die vielfach in dicken Studien und Fachbüchern versteckt sind, die natürlich keiner liest. Aber es wird dafür gesorgt, dass sie für jeden öffentlich werden! Und trotzdem wird genau das Gegenteil von dem getan, was eigentlich gemacht werden müsste.

Freiheit für Tiere: An dieser Stelle wären auch die immer weiter ausufernden Kosten des Gesundheitssystems ein Thema aufgrund der Zunahme von ernährungsbedingten Krankheiten wie Krebs, Herzinfarkt, Diabetes, Adipositas ... Könnten diese Gesundheitskosten nicht gesenkt werden, würde man den Konsum tierischer Produkte deutlich reduzieren?

Dr. Edmund Haferbeck: So ist es. Das ist alles nachgewiesen: Die gesundheitlichen Problematiken durch viel zu viel tierisches Fett und Cholesterin in tierischen Produkten. Pflanzliche Proteine tragen genauso zum Muskel- und Zellaufbau bei und sind viel gesünder. Die gesunden Ballaststoffe, Vitamine und Phytonährstoffe, welche viele Krankheiten vorbeugen können, gibt es nur in pflanzlichen Produkten. Ernährungsbedingte Krankheiten wie Krebs, Herzkrankheiten, Diabetes sind oft auf tierische Produkte zurückzuführen. Und das sagt ja mittlerweile sogar die *Deutsche Gesellschaft für Ernährung*, die ja nun wirklich vollkommen staatstragend ist: Die *Deutsche Gesellschaft für Ernährung* warnt mittlerweile vor zu hohem Fleischkonsum und sagt, wir müssen das sogar drastisch reduzieren auf 300 Gramm in der Woche - das sind nur rund 40 Gramm am Tag! Also deutlich weniger, als die Deutschen im Durchschnitt essen! Wenn also solche Institutionen das schon sagen... dann sollte doch eigentlich die Alarmglocke angehen!

Das Gespräch mit Dr. Edmund Haferbeck führte Julia Brunke, Redaktion »Freiheit für Tiere«

**Informationen & Film ansehen:
Legalisierte Tierqual in der Ernährungsindustrie
www.legalisierte-tierqual.de**



Die Auswirkungen der Fleischproduktion auf das Klima

Die Auswirkungen unserer Ernährung auf das Klima sind immens. Dies belegen Studien der UN, der FAO und des World Watch Instituts bereits seit Jahren:

- Im Oktober 2018 hat der **Weltklimarat** seinen mit Spannung erwarteten Sonderbericht zum 1,5-Grad-Klimaziel veröffentlicht. **Der auf aktuellster Forschung beruhende Bericht weist nach, dass sich die Erde bereits um etwa 1,0°C (+/- 0,2°C) erwärmt hat und dass die Auswirkungen des dadurch verursachten Klimawandels in vielen Regionen schon jetzt spürbar sind. Der Weltklimarat sagt ganz klar: Ein Überschreiten der 1,5-Grad-Temperaturmarke würde zu irreversiblen Schäden für Menschen und Ökosysteme führen!**

- Schon 2006 veröffentlichte die **UN-Welternährungsorganisation FAO** eine vielbeachtete Studie mit dem Titel »Der lange Schatten der Viehwirtschaft«. Bereits darin wird die **Massentierhaltung als wichtigster Faktor der von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen genannt - noch vor dem Verkehr.**

- Die berühmte **Studie des Worldwatch Institute** kam schon 2009 zu dem Ergebnis: **Etwa die Hälfte der menschenverursachten Treibhausgase entsteht bei der Nutztierhaltung und der Verarbeitung von Tierprodukten.**

- Eine **Studie der UN** aus dem Jahr 2010 stellte fest: **Die Landwirtschaft - insbesondere die Viehzucht für Fleisch und Milchprodukte - ist verantwortlich für 20 Prozent der Treibhausgas- und für 60 Prozent der Phosphor- und Stickstoffemissionen.**

- Eine **aktuelle Studie** eines britisch-schweizerischen Forscherteams, die im renommierten Wissenschaftsmagazin *Science* veröffentlicht wurde, kommt 2018 zu dem Ergebnis: **Ein Verzicht auf tierische Produkte weltweit könnte die durch Ernährung entstandenen CO₂-Emissionen um 49 Prozent reduzieren.**

(Poore/Nemecek: Reducing food's environmental impacts through producers and consumers. *Science*, 2018).